

Die Zeit bereit, die Annektion als eine vollzogene Tatsache anzuerkennen. Es ist aber die Frage, ob Russland aus diesem Entschluß auch die Konsequenzen ziehen wird und wieweit ist in Belgard diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Unzulässige Nachrichten sind mit großer Befürchtung aufzunehmen, und deshalb ist bisher trotz günstiger Symptome keine nennenswerte Änderung der Lage eingetreten.

Der Pariser „Figaro“ läßt sich freilich von Petersburg telegraphieren, daß die neuerdings zwischen Russland und Großbritannien angeknüpften Unterhandlungen, den Frieden durch eine gemeinsame Intervention in der Großmacht in Belgard zu erhalten, bereits zu einem guten Ziele geführt hätten. Dies beweise auch die Rede des berühmten Ministerpräsidenten in der Stupfina. Dagegen sieht man im Auswärtigen Amt zu Petersburg der selben Zuversicht, daß die Wägte es noch werden verhindern können, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien ein Zusammenstoß mit den Waffen erfolge.

Im Gegenatz zu der letzten Meldung des „Echo de Paris“, das England darauf bestelle, daß das österreichisch-türkische Abkommen einer internationalen Konferenz zugeführt werde, meldet „Figaro“, daß Großbritannien dem österreichisch-ungarischen Antragsprotokoll vorher zustimmen werde.

Zwischen kommt nun, wie bereits in Nr. 143 der „All. Ztg.“ telegraphisch gemeldet, eine wichtige Nachricht aus Belgard. Derselbe lautet, wie hier nochmals hervorgehoben sei: Kronprinz Georg hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten auf die Thronfolge verzichtet. Ueber die Motive zu diesem Schritt wird bekannt, daß der Kronprinz durch die beständigen Angriffe einiger serbischen Mütter gegen seine Person wegen des Todes seines Dieners Skolawitsch sich veranlaßt sah, durch diese Verzichtserklärung die Regierung von jeder Rücksichtnahme auf seine Person zu entbinden. Donnerstag nachmittag wurde der Minister über die weitere Verhandlung dieses Aktes des Kronprinzen die Entscheidung fällen.

Ueber den Tod dieses Dieners Skolawitsch teilt das „Neue Wiener Abendblatt“ folgende Einzelheiten mit:

Als Kammerdiener des Kronprinzen Georg befand sich Skolawitsch in Kronprinzengärten, während seine Familie, Frau und sechs unmündige Kinder, in der Stadt wohnte. Mittwoch nacht, als der Kronprinz ausgereist in das Palais kam, spielte sich eine furchtbare Szene ab. Der Kronprinz schlug den Diener zu Boden und ließ ihm die Sporen der Weidlichkeit in Kopf und Unterleib. Darauf ließ der Kronprinz durch zwei Bedienten des Palais tragen, den Verwundeten in die Wädhofstraße des Palais tragen, von wo der Diener in einem Kisten in das Spital transportiert wurde. Trotz aller Bemühungen der Ärzte erlag Skolawitsch unter furchtbaren Schmerzen den Verletzungen, die er erlitten hatte. Erst gegen Abend des nächsten Tages erfuhr die Witwe des Verstorbenen den schrecklichen Vorfall. Obwohl die Regierung und die Polizei von der Sachlage Kenntnis haben, wurde bisher doch keine Untersuchung eingeleitet, wodurch die Erregung, die dieser Vorfall hervorgerufen hat, nur noch gesteigert wird. Die Witwe verurteilt die sozialdemokratische Partei zu einer Interpellation in der Stupfina zu veranlassen.

Demer wird von einer Fuld des Kronprinzen aus der serbischen Hauptstadt folgendes nach Wien gemeldet: Hier wurde am Donnerstag ein sehr bejubeltes aufstrebendes Gerücht verbreitet, daß Kronprinz Georg in der letzten Nacht fluchtartig Belgard verlassen und auf die Chronologie zugunsten seines jüngeren Bruders Alexander verzichtet habe. Diese Meldung fand in diplomatischen Kreisen Glauben und wurde als ein sehr wichtiges Ereignis in der Welt aufgeführt. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so müßte die Friedenspartei in Belgard den Sieg davongetragen haben. Eine authentische Bestätigung dieser Nachricht ist jedoch noch nicht zu erlangen. Auf der Wiener serbischen Botschaft wußte man nichts. Der Gesandte erklärte, daß ihm diese Nachricht noch dem ihm persönlich sehr gut bekannten Charakter des Kronprinzen höchst unwohlgefallen vorkomme.

Später wird aus Konstantinopel telegraphiert: Dem „Tanin“ zufolge hat Sir Edward Grey der Botschaft erklärt, daß das in Petersburg geschlossene Abkommen im Interesse der Türkei liege und einen diplomatischen Erfolg bedeute. Ueber die Unabhängigkeit Bulgariens werde auf der Konferenz entschieden werden.

Wie weiter die Pariser „Agence Havas“ meldet, ist Anwaroff entschlossen, ohne Vorbehalt die Annexion der Sergeowina anzuerkennen in der Hoffnung, daß auch Franz v. Aehrenthal in der Folge von den Mächten ausgearbeiteten Entwurf der serbischen Note genehmigen werde, der übrigens geeignet sei, die von Oesterreich-Ungarn verlangten Garantien zu geben.

Bei Mediationsfähigkeiten erhalten wir noch folgende Meldungen: Aus London wird uns geschrieben: Wie das „Austereische Ausland“ erzählt, ist man in diplomatischen Kreisen noch immer nicht geneigt, die Lage von der einen Seite anzusehen. Während Oesterreich-Ungarn gegen die Serbische Forderung eine Reihe von Einwänden erhob, die sich hauptsächlich auf die Fragen der Form und des Vorlautes des serbischen Verdicts auf Kompensationen für die Annexion Bosniens und der Sergeowina sowie des Vorlautes der Erklärung der friedlichen Absichten Serbiens beziehen, nehmen die Versuche, zu einem Kompromiß zwischen den Ansichten des Wiener und des Londoner Kabinetts zu gelangen, ihren Fortgang. Inbezug auf die Meldung, daß die Frage der Anerkennung der Annexion Bosniens und der Sergeowina durch die Mächte in die Verhandlungen einbezogen sei, erfährt das genannte Bureau, daß die britische Regierung an ihrer ursprünglichen Ansicht festhalte, daß eine solche Anerkennung nur gemeinsam durch die Berliner Signalmächte erfolgen könne. Soweit sich feststellen ließe, sei in den schwebenden Verhandlungen nichts darüber vorzugehen, daß Serbien Oesterreich-Ungarn eine bindende Garantie für seine friedlichen Absichten auf eine bestimmte Weise von Seiten geben solle.

Eine Belgard Drahtnachricht lautet: In politischen Kreisen wird die Affäre des Kammerdieners Skolawitsch, welche zu dem gestern erfolgten Verzicht des Kronprinzen Georg auf seine Thronfolge geführt hat, folgendem Geheiß darzustellen:

Am 14. März geriet Kronprinz Georg infolge einer Unachtsamkeit (?) seines Kammerdieners Skolawitsch daran

in Paris, daß er demselben einen Schlag ins Gesicht versetzte. Skolawitsch, welcher mit einem kleinen Hunde besetzt war, verließ scheinbar das Zimmer, wandte durch das Korridor, stürzte und zog sich hierbei eine Verletzung in der Wangengegend zu. Er wurde in das Spital überführt, wo er am nächsten Tage operiert wurde. Demnach ist es nicht der Fall, wie es in der ersten Operation, nach einem kleinen Aufbruch, die Erklärung abgegeben wurde, daß dieser Vorfall in der eben geschilderten Weise sich abgetragen habe. Es scheint indessen, daß er sich seinen Freunden gegenüber in einem anderen Sinne geäußert habe, daß ihm nämlich die Verletzung durch den Kronprinzen angefühlbar worden sei. Am 20. März verließ das Wort „Juvon“, welches seit seinem Erscheinen wiederholt die beständige Angriffe gegen den Kronprinzen gemacht hatte, eine Darstellung des Vorfalls, wonach Kronprinz Georg als Wächter Skolawitsch fesselte und gleichzeitig seine Intervention oder Verletzung gerichtet wurde. Der Umstand, daß von mangelhafter Seite aus diese schwere Beschuldigung in seinerlei Weise revidiert wurde, hat zur Folge, daß auch andere jenseitige Mütter die sofortige Aufklärung des Vorfalls verlangten. Als aber auf diese Forderung der Öffentlichkeit keine offizielle Mitteilung über den wahren Sachverhalt gemacht wurde, entschloß sich der Kronprinz, welcher sich wie aus seiner Umgebung vernehmen läßt, der vom „Juvon“ gegen ihn erhobenen Anklage in einem Aufsatz in der „Allgemeinen Zeitung“ zu widerlegen. In dem Ministerpräsidenten Skolawitsch gerichteten Schreiben über seine Verzichtserklärung auf das Thronfolge wird die Möglichkeit zu finden, die vom Worte „Juvon“ gegen ihn geäußerte gerichtliche Unterbindung einzuleiten. Kronprinz Georg, dem selbst von seinen Gegnern große Behauptungen nicht abgelehnt wird, beteuert auf das entschiedenste, daß das Wort „Juvon“ gegen ihn erhobenen Behauptungen niedrige Verleumdungen seien. In der Umgebung des Kronprinzen wird berichtet, daß die fälschliche (?) Aufhebung der Affäre Skolawitsch von den Feinden des Kronprinzen zu einer politischen Intrigue ausgebaut wurde.

Deutsche und englische Marinepolitik.

Im englischen Unterhaus findet der Konvention der Welt an die Regierung die Frage, ob die Erklärung über die Abkündigung der deutschen Regierung betr. deren Schiffsbauprogramm von dieser in einer formellen Note an das englische Auswärtige Amt auf amtlichem Wege überandt wurden, oder ob die Erklärung auf dem Wege über andere Mitglieder der Regierung mündlich gemacht worden ist. Der Minister antwortet, daß das Wort „Juvon“ gegen ihn erhobene Behauptungen niedrige Verleumdungen seien. In der Umgebung des Kronprinzen wird berichtet, daß die fälschliche (?) Aufhebung der Affäre Skolawitsch von den Feinden des Kronprinzen zu einer politischen Intrigue ausgebaut wurde.

Deutsches Reich.

Reichsfinanzreform und Regierung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt in ihrer gestrigen Abendnummer folgende Erklärung: „Die Presse erregt sich in Vermutungen über die Stellung der verbundenen Regierungen zu den die Reichsfinanzreform betreffenden Beschlüssen der Reichstagskommission. Hierzu bemerken wir folgendes: Die Regierungen halten daran fest, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht nur durch die Befleuerung von Genussmitteln, die dem Massenverbrauch unterliegen, sondern auch durch eine allgemeine Besteuerung des Vermögens aufgebracht werden. Sie lehnen es ab, die Verschleppung in der Sache durch Ministerialarbeiten oder sonst in einer Weise zu lassen, welche die für die großen Aufgaben der Bundesstaaten unentbehrlichen Einnahmequellen (Einkommensteuer, Vermögenssteuer) angreift. In der Erweiterung der Erbschaftsteuer erblicken sie noch wie vor die zweckmäßigste Form der Verschleppung. Sie vertrauen darauf, daß es gelingen wird, auf der Grundlage ihres Programmes in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichstag der Finanznot des Reiches ohne Zerteilung Abhilfe zu schaffen.“

Das Weingeld. In der Sitzung des Bundesrates am Donnerstag wurde dem Entwurf eines Weingeldes in der vom Reichstag beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt. Die Weingeldkommission des Abgeordnetenhauses beriet über den Entwurf der Anhebungsanträge für Weizen und Roggen und die zugehörige Denkschrift. Im Jahre 1908 sind nur etwa 14 000 Hektar erworben worden gegen 40 000 im Jahre 1903. Es wurde betont, daß dies nach den derzeitigen Preisverhältnissen zu billigen ließe und die Preise sich in angemessenen Grenzen bewegen hätten. Daß eine derartige Anhebung nicht helfen würde, wurde geltend gemacht. Der Minister, man müsse aber zurückhaltend sein. Gegenwärtig wurde, daß man auf Demänen vorbildlich mit der Anhebung deutscher Arbeiterfamilien vorgehe. Die Wauerländer aus Ost- und Westpreußen werden nach Mitteilung des Ministers in erster Linie berücksichtigt, aber doch nur so, daß eine Wohlhabendere Arbeiterklasse nicht durch die Anhebung deutscher Arbeiter, erfolge teilweise auf den Anhebungsanträgen, im übrigen durch Preis- und Anhebungsanträgen, denen wie in anderen Provinzen eine Beihilfe von 800 Mk. pro Arbeiterfamilie gegeben werden könne. Auf Anfrage von polnischer Seite gab die Ministerialkommission die Zahl der Anhebungsanträge von 1903 bis 1907 und über die Zahl der Erteilungen sowie Verneinungen der Genehmigung. Gefühle gingen ein von Polen 1533. Davon wurden 513 genehmigt, auf 1020 die Genehmigung verweigert. Von Deutschen wurde in 6263 Fällen die Anhebungsanträge nachgeprüft, in 117 von diesen wurde sie nicht erteilt, in 6133 genehmigt. Die Anhebung wurde von Minister herabgegeben, daß die Heranziehung von Kapitalien hauptsächlich Schwierigkeiten durch den polnisch-katholischen Status finde. War bei einem größeren Umfange katholischer Arbeiter sei Sicherheit vorhanden, daß das Bedürfnis nicht verloren ginge. Ein kommissionäres Mitglied bemerkte, daß eine solche Anhebung keine Vorteile bringe, sondern die deutsche Grundbesitzer geschädigen werde, dagegen der polnische Grundbesitzer bestünde. Während 551 deutsche Güter geschädigt seien (bei nur 183 polnischen Gütern), seien nur 20 Geschädigte vorhanden. Es müsse eine gesunde Mischung von Groß-, mittlerem und kleinem Besitz vorhanden sein. Von den 12 000 Hektar, die 1908 erworben, seien 89 Hektar v. d. deutsche und nur 12 v. d. polnisch. Der Entwurf wurde in Ausgabe und Einnahme genehmigt, die Denkschrift durch Beihilfenahme für erledigt erklärt.

Neues Gesetz über landliche Fortbildungsschulen in Preußen. In der Sitzung der Provinziallandtage am Donnerstag, den 14. März, wurde ein Gesetz über landliche Fortbildungsschulen in Preußen beschlossen. Das Gesetz enthält die Bestimmungen über die Errichtung, den Betrieb und die Verwaltung dieser Schulen. Die Schulen sollen in den Kreisen, in denen die Zahl der landlichen Bevölkerung über 10 000 Einwohner beträgt, errichtet werden. Die Schulen sollen in der Regel in den Kreisen, in denen die Zahl der landlichen Bevölkerung über 10 000 Einwohner beträgt, errichtet werden. Die Schulen sollen in der Regel in den Kreisen, in denen die Zahl der landlichen Bevölkerung über 10 000 Einwohner beträgt, errichtet werden.

Der Kaiser. Der Reichspräsident hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben. Der Kaiser hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Ein Geschenk an Kaiser Franz Josef. Am Dienstag, den 12. März, wurde Kaiser Franz Josef ein Geschenk von 100 000 Kronen überreicht. Das Geschenk wurde von den Reichstagsmitgliedern überreicht.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Die Kaiserin. Die Kaiserin hat am Donnerstag, den 14. März, die Proklamation des Kaisers in Preußen unterschrieben.

Main table containing various financial data, including stock prices, interest rates, and company names. Columns include company names, prices, and other financial metrics.